

Eure Sorgen möcht´ ich haben – Worum es wirklich geht

Alternativprogramm zum Mannheimer Katholikentag, 17.5.12, 14.00 Uhr

Friedhelm Hengsbach SJ

Liebe Schwestern und Brüder,

danke dafür, dass Sie so zahlreich das Alternativprogramm des Katholikentags in Mannheim gewählt haben und hierhergekommen sind, jenseits der Bahnlinie und am Rand des Quadratkatholikentags, der sich in die Sozialform der kurfürstlichen Stadtplanung eingepasst hat. Die Johanniskirche ist der ökumenische Ort, um den Personen einen öffentlichen Raum zu geben und die Themen zu verstärken, die im Quadrat unter der Regie von Zentralkomitee der Katholiken und deutschen Bischöfen nicht nur eingeschränkt zugelassen sind.

Der rote Rucksack des Mannheimer Katholikentags strahlt die Besucher und Teilnehmer an wie ein Oberländer Himbeerapfel. Man möchte beherzt hineinbeißen.

(I) Er scheint prall gefüllt zu sein – aber womit? Mit Pack- oder Füllpapier? Ich nehme an, mit der Erinnerung an das schwarze Jahr 2010 der katholischen Kirche, als die sexuellen und gewalttätigen Übergriffe kirchlicher Amtsträger aufgedeckt wurden und gleichzeitig die Versuche höherer Amtsträger, solche Verbrechen unter den Kirchentepich zu kehren. Mehr als 180 000 Katholiken haben sich von der Kirche verabschiedet, eine größere Zahl ist innerlich emigriert. Die ohnmächtige Wut der Christen hat sich erst gegen die Täter gerichtet. Danach richteten diese ihre Blicke auf die Opfer. Gleichzeitig wurde der strukturelle Hintergrund ausgeleuchtet: die geschlossenen Milieus kirchlicher Jungeninternate, Männermacht, nicht integrierte Sexualität, aufgeladen mit religiöser und pädagogischer Dominanz und Abhängigkeit.

Zudem ist zu vermuten, dass die Klagen über die Verletzung der sozialen Gerechtigkeit den Rucksack füllen – die blutende Wunde einer Weltgesellschaft, die sich um eine Wachstumsbeschleunigung sorgt, ohne zu berücksichtigen, dass die Wohlstandsdynamik einer kapitalistischen Wirtschaft auf der grenzenlosen Geld- und Kreditschöpfungsmacht des Bankensystems und der rücksichtslosen Ausbeutung natürlicher Ressourcen beruht; die blutende Wunde der deutschen Gesellschaft, die sich in einem Jobwunder sonnt, über dem sich der dunkle Schatten miserabler und unzumutbarer Arbeitsverhältnisse ausbreitet; die blutende Wunde eines einzigen Planeten, den die Menschheit hat, auf dem militärische Konflikte um die die Anteile an einer intakten natürlichen Umwelt drohen.

Gerechtigkeit ist schließlich die leitende Norm, welche die Kirche für ihre eigene Organisation anerkennt und wohl auch selbst im Rucksack versteckt. Sie ist schöner als der Morgenstern, würde die Katholiken hinaus ins Weite führen und ihre Finsternis hell machen.

Ob diese derzeit elementaren Facetten der Gerechtigkeit in dem bunten Supermarkt der 12000 Veranstaltungen auf 600 Programmseiten erkennbar sind? Wenn nicht, fehlt dem Katholikentag

eine erkennbare Botschaft. Wir wollen hier wie mit einem Scheinwerfer ausleuchten, was wichtig und weniger wichtig oder gar unwichtig ist. Die Leerformel vom „Aufbruch“ und die vom „Glauben“ sind bereits am ersten Tag des Katholikentags abgelutscht, so dass manche sie bereits nicht mehr hören mögen.

(II) Ein Rucksack, der am Straßenrand liegt, macht noch keinen Aufbruch. Wer packt ihn sich? Viele Katholiken erwarten, dass die so genannten kirchlichen Eliten ihn schultern. Aber was geschieht, wenn diese zwar lauthals über Aufbruch reden, den Rucksack mit seinen Inhalten aber nicht anrühren? Und was, wenn die Vorstellungen über die Inhalte des Aufbruchs, was jetzt wichtig und unwichtig ist, auseinanderdriften und ein vertikales Schisma erzeugen? Blockieren Katholiken sich gegenseitig, den Rucksack zu ergreifen und zu schleppen?

(III) Was fehlt dem roten Rucksack? Die Gepäckstücke auf den Flughäfen sind regelmäßig mit einem Kürzel des Zielflughafens gekennzeichnet. Warum verschleiern diejenigen, die den Rucksack abgestellt haben, wohin die Reise gehen soll? Manche reden von einem „Fest des Glaubens“, vom Folgespektakel der Papstparade des Vorjahrs. Oder sie erinnern an eine Aussage Karl Rahners: „Der zukünftige Christ wird ein Mystiker sein oder er wird nicht sein“. Eine Kontrastformel, die sich an einen Artikel Hans Mayers über den politischen Katholizismus der Vorzeit anlehnt, könnte so lauten: „Der Christ ist politisch oder gar nicht“.

1. Christlicher Glaube ist politische Praxis

Ein Glaube, der sich nicht im politischen Einsatz für Gerechtigkeit verkörpert, ist heiße Luft und wertlos.

(1) Glaube ist zuerst Praxis

Im ersten Johannesbrief werden wir daran erinnert, wie eng der Glaube an Gott und die Anerkennung des Anderen als anderen zusammenhängen. Kann die Liebe Gottes in dem sein, der sein Herz vor dem Bruder und der Schwester verschließt? Diejenigen wissen nichts von Gott, die ihre Brüder und Schwestern nicht lieben. Wenn wir einander lieben, ist Gott und der Geist Jesu in uns. Wie kann der, der den Bruder und die Schwester nicht liebt, die er sieht, Gott lieben, den er nicht sieht?

Wir kennen aus dem Matthäusevangelium den Maßstab, nach dem der Glaube der Christen beurteilt wird: Indem wir die Nackten bekleiden, die Hungrigen speisen, die Kranken aufrichten, nähern wir uns der Gottesherrschaft, der Person Jesu und der Kirche Gottes, die jenseits der konfessionellen Grenzen alle Menschen guten Willens einschließt.

Die erste Liturgie ist nicht irgendein exotischer Kult oder der Aufbau einer dogmatischen Architektur, sondern die Sympathie und das Wohlwollen zueinander sowie das Engagement für eine gerechte Welt. Der erste Ort unseres Gottesdienstes ist nicht irgendein Tempel, sondern

der lebensweltliche Alltag in der Familie, im Beruf, in der Gesellschaft. Denn die Ehre Gottes ist der heile Mensch. Das kostbarste und größte Sakrament ist nicht das Wasser der Taufe oder das Brot der Eucharistie, sondern die Küchenschürze, die sich Jesus am Abend vor seiner Hinrichtung umband, um den Seinen die Füße zu waschen, nicht um bedient zu werden, sondern zu dienen.

Die Franziskaner, die Brüder von Taizé und die Jesuiten haben nach dem Konzil jene Formeln geprägt, in denen: Mystik und Politik, Kampf und Kontemplation, Glaube und Gerechtigkeit wie Brennpunkte einer Ellipse zusammen gedacht und praktiziert werden. Wie sehr der Katholikentag dem kirchlichen, von den Bischöfen verordneten Trend nachgibt, einen der Brennpunkte zu tilgen, können die Überschriften der Themenbereiche verdeutlichen. Das verbindende Schlüsselwort ist „Kultur“ – eine Kultur der Gerechtigkeit, eine Kultur des Lebens, eine Kultur der Verantwortung für das Gemeinwohl. Damit das Aufbruchsmotiv nicht verloren geht, wird diesen Kulturen die Chiffre des Weges vorgeschaltet: „Wege zu einer Kultur der Verantwortung für das Gemeinwohl“ – durchlässiger lässt sich der Schirm nicht kennzeichnen, der die Geiselnahme des Staates durch die Industriekonzerne und Großbanken thematisieren soll.

Indem ich meine Überlegungen auf drei Schlüsselworte der Pastoralkonstitution: „Die Kirche in der Welt von heute“ beziehe, die Papst Johannes XXIII. dem Konzil vorgegeben hatte, bin ich mir bewusst, dass jeder Bezug auf Textbausteine aus 16 Dokumenten, die 700 Seiten füllen und auf fast jeder Seite mentale Differenzen, verbissene Konflikte und verschleierte Kompromisse widerspiegeln, welche die Redaktion von mehr als 2000 Bischöfen aus aller Welt hinterlassen hat, einer eigenen Option entspricht, die allerdings argumentativ zu rechtfertigen ist.

(2) Der Anfang vom Anfang

Dass Glaube in erster Linie Praxis ist, hat uns die Befreiungstheologie und im Anschluss daran die Pastoralkonstitution des 2. Vatikanischen Konzils: „Die Kirche in der Welt von heute“ gelehrt. Karl Rahner nannte dieses Dokument den „Anfang vom Anfang des Konzils“. Warum? Weil es die methodische Revolution der katholischen Soziallehre angezeigt hat, mit der Verkündigung des Evangeliums eine Botschaft der Befreiung des ganzen Menschen und aller Menschen zu verbinden.

Die morgige Konzilsgala ist keine solche Revolution, eher das Gegenteil davon. Senile Gesellschaften feiern Jubiläen, sehnen sich in eine vergangene Epoche zurück, errichten jenen Propheten Denkmäler, die sie gerade hingerichtet haben.

Papst Johannes XXIII. hatte dem Konzil drei Schlüsselworte vorgegeben, die in das Konzilsdokument aufgenommen wurden:

- *„Die Zeichen der Zeit im Licht des Evangeliums deuten“*: Es geht nicht darum, den verbreiteten technischen Blick und die Problemlösungen sozialwissenschaftlicher Experten zu

wiederholen, oder den Blick der wirtschaftlichen Verwertbarkeit oder die hektische Reaktion der Politiker, flackernde Brandstellen kurzfristig zu ersticken. Die Zeichen der Zeit sind die Schreie des Volkes nach Gerechtigkeit sowie nach einem menschlich und partnerschaftlich gelingenden Leben.

- *„Sehen, urteilen, handeln“*: Die traditionelle Prinzipienethik und das Naturrecht, die den Anspruch erhoben, jederzeit und überall zu gelten, die jedoch meist nur den Wertvorstellungen der Großeltern oder Urahnen des geerbten Bauernhofs entsprachen, legte Johannes XXIII. in die Schublade. Stattdessen fragte er: Was sind die großen Herausforderungen der Zeit? Was sind die Ursachen der gesellschaftlichen Spaltungen? Welchen gesellschaftlichen Standort wählen die Christen, um sie zu beurteilen? Welche Inspiration liefern uns die biblischen Texte? Welche Lösungswege können vor den benachteiligten Mitgliedern der Gesellschaft gerechtfertigt werden?

- *„Kirche von innen, Kirche von außen“*: Die Christen schöpfen ihre Inspiration aus zwei Quellen. Die eine Quelle ist die Botschaft und Person Jesu, die Bewegung um den Rabbi von Nazareth, die wir uns von der Installation irgendwelcher Päpste, Bischöfe, Priester losgelöst vorstellen dürfen. Die nahe gekommene Gottesherrschaft war der Bezugspunkt ihres Glaubens.

Die andere Quelle christlicher Inspiration ist das gegenwärtige Dasein des Geistes Gottes und des Geistes Jesu im Innern der Christen und in der Welt von heute. Dieser Geist reißt uns die steinernen Herzen aus unserer Brust und stattet uns mit einem lebendigen Herzen aus, das fühlt und mitleidet.

Der Blick in die geschichtliche Tradition ist mit der Versuchung verbunden, dass wir uns in gewachsene Strukturen verlieben und sie für gottgewollt halten. Der Blick in die Gegenwart macht uns geneigt und gibt uns das Recht, verkrustete, unzeitgemäße oder gar fossile Strukturen aufzubrechen und zu verflüssigen.

Christen sind aus diesen zwei Quellen in der Lage, ihren Beitrag zum Aufbau einer Gesellschaft zu leisten, die sich der Gottesherrschaft nähert, und aus den Veränderungen in der Gesellschaft zum Nutzen der Kirche zu lernen.

2. Gesellschaftliche Risse

„Die Gerechtigkeit hat in den letzten Jahren deutlich abgenommen“ urteilten zwei Drittel bis vier Fünftel der Bevölkerung in Deutschland in wiederholten repräsentativen Umfragen während der ersten Dekade des neuen Jahrhunderts. Ist die Ungleichheit, die sie Ungerechtigkeit nennen, nur empfunden? Die wachsende Schieflage der Einkommens- und Vermögensverteilung ist statistisch belegt.

(1) Der Schrei des Volkes in Europa

Welchen Standort und welche Maßstäbe wählen politisch engagierte Christen, wenn sie die Gesellschaft, in der sie leben, beurteilen? Nicht die Position eines neutraler Beobachter am

Rand des Spielfelds, wie sie von kirchlichen Expertenkommissionen eingenommen wird, sondern den „Schrei des einfachen Volkes“.

Dieser Schrei ist Ausdruck einer ohnmächtigen Wut und Empörung darüber, dass eine Minderheit der Bevölkerung, nämlich die Eigentümer von Großbanken, Versicherungskonzernen und Hedgefonds mit geliehenem Geld private Vermögen aufgetürmt und zudem erwartet haben, dass die Vermögensblase nicht platze, bevor sie ihre erzielten Buchgewinne in reale Güter transformiert hätten. Inzwischen ist dieser größte anzunehmende Unfall eingetreten, die ursprüngliche Immobilienkrise zu einer globalen Bankenkrise mutiert. Und die beispiellose Finanzkrise metastasiert wie ein Krebsgeschwür. Spekulative Attacken richten sich wahlweise gegen die Devisenkursentwicklung, die Risikoprämien von Staatsanleihen peripherer Länder in der Eurozone und gegen die Preisbewegungen auf den Rohstoff- und Nahrungsmittelmärkten.

Die politische Klasse und die Medien haben sich auf Griechenland als Krisenursache festgebissen. Aber es ist wohl eine Fehldiagnose, dieses Land, dessen wirtschaftliche Leistung einen Anteil von 3-4% an der Wertschöpfung der Eurozone ausmacht, zur einzigen Ursache der Turbulenzen zu erklären. Liegt nicht vielmehr ein Vergleich mit jenen spekulativen Attacken während der Asienkrise 1997 nahe? Diese sind ausgelöst worden durch eine extreme Geldschwemme und einen internationalen Kapitalüberschuss. Damals wurde die schwächste Währung, nämlich die von Thailand attackiert, im weiteren Verlauf wurden Länder wie Taiwan, Südkorea und Indonesien, die als stabil galten, in den spekulativen Strudel hineingerissen.

Die Turbulenzen auf den Finanzmärkten und in der politischen Sphäre, die inzwischen elf Regierungen ausgewechselt haben, spiegeln den grundlegenden Konflikt zwischen der privaten Kapitalmacht und der demokratisch legitimierten Macht der Staaten. Während der Jahrhundertwende meinte ein Vertreter der Deutschen Bank, es wäre gut, wenn die Staaten sich ins Schlepptau der Finanzmärkte begeben würden, weil diese besser als die Parlamentswahlen signalisierten, was vernünftige Politik sei – nämlich die Steuern und Abgaben senken, möglichst wenig Umverteilung organisieren und die Gewerkschaften in Schach halten. Genau dies geschieht derzeit. Finanzakteure, die mit Liquidität aus der Geldschöpfung des Bankensystems überschwemmt werden, treiben die Staaten vor sich her. Und die Staaten bringen nicht die Kraft auf, eine strikte Regelung der Finanzmärkte durchzusetzen, die auf dem ersten Gipfel der G 20 beschlossen waren – beispielsweise alle Finanzgeschäfte, alle Finanzunternehmen und alle Finanzplätze einer öffentlichen Aufsicht und Kontrolle zu unterwerfen, eine relative Kreditbremse der Banken zu definieren, Banken, die so groß und vernetzt sind, dass sie den Staat erpressen können, zu zerschlagen.

Die gegenwärtige Situation nimmt paradoxe Züge an: Diejenigen, die den Absturz der Finanzmärkte verursacht und nach dem Staat als ihren Retter gerufen haben, setzen nun die Staaten unter Druck, die sich infolge der Bankenrettung – durch Bürgschaften, Kapitalbeteiligungen und die Übernahme wertloser Verbriefungen – hoch verschuldet haben, die Verschuldung abzubauen, die öffentlichen Haushalte möglichst schnell zu sanieren und die Folgelasten der Krise auf die unteren Bevölkerungsschichten abzuwälzen. Wie sollen die Staaten sich entscheiden? Sollen sie eine schleichende Vermögensvernichtung durch Inflation

zulassen oder einen radikalen Schnitt der öffentlichen Schulden und zugleich eine Vernichtung der aufgeblähten Vermögen durchsetzen? Denn der hohen öffentlichen Verschuldung entspricht eine extreme Anhäufung privater Vermögen.

Ein Europa der Deutschen ist jedenfalls kein Europa. Die von Deutschland mit durchgesetzten Schuldenbremsen, Spardiktate und öffentlichen Haushaltssperren sind gegenproduktiv. Sie treiben die schwächeren Bevölkerungsgruppen in bittere Armut, Ausbeutung und Rechtlosigkeit. Sie verpassen die Gelegenheit, den Konstruktionsfehler der Europäischen Währungsunion zu beseitigen, die ausschließlich aus drei monetären Stellgrößen besteht, nämlich der Stabilität des Preisniveaus, eines einzigen nominalen Zinsniveaus und dem Ausgleich der öffentlichen Haushalte. Damit sind regionale Ungleichgewichte vorprogrammiert. Leistungsbilanzdefizite und Leistungsbilanzüberschüsse bilden die zwei Seiten einer einzigen Münze.

Die Wahlen in Frankreich und Griechenland haben uns Deutschen wie selten zuvor spüren lassen, wie stark das eigene Wohlergehen mit dem Wohlergehen der europäischen Nachbarn verflochten ist, wie sehr wir aufeinander angewiesen sind. Wenn ein Land leidet, leiden alle anderen mit. Europa ist ja mehr als ein reibungsloser Zahlungsverkehr. Die Menschen vom Atlantik bis zur Wolga sind dankbar für einen mehr als 60-jährigen Frieden, der eine erstaunliche Geschichte hat. Diese begann mit dem Marshallplan, wurde in den Römischen Verträgen gefestigt, durch den gemeinsamen Binnenmarkt verdichtet, nach Süden, Norden und Osten erweitert und mit der gemeinsamen Währung nahezu unumkehrbar gemacht. Warum sollte die föderale Solidarität, die in Deutschland mit dem horizontalen Finanzausgleich der Länder und den finanziellen Zuweisungen des Bundes für wirtschaftlich benachteiligte Länderselbstverständlich ist und als Gebot „gleichwertiger Lebensverhältnisse“ Verfassungsrang hat, nicht auf für Europa gelten?

Was braucht Europa? Drei Institutionen, die zur Zeit des Bretton-Woods Systems 30 Jahr lang Finanzkrisen verhindert haben, nämlich eine Zentralbank, die für ein stabiles Preisniveau und einen hohen Beschäftigungsgrad sorgt, einen Währungsfonds, der mit Krediten die Ungleichgewichte zwischen den Ländern ausgleicht, und eine Investitionsbank, die schwächeren Ländern Wachstumsimpulse finanziert. Für Europa sollte gelten, was für Deutschland selbstverständlich ist, nämlich ein regionaler Finanzausgleich, eine Transferunion. Was braucht Europa zusätzlich? Den Ausbau der Währungsunion durch eine koordinierte Beschäftigungs-Einkommens- und Sozialpolitik. Und außerdem die Solidarität der deutschen Kirchen mit den Benachteiligten in den von den Finanzmärkten bedrängten Ländern.

(2) Der Schrei des Volkes in Deutschland

Die in die Talkshows der öffentlichen Sendeanstalten ausgelagerte Regierungspropaganda erzeugt eine Stimmungslage, dass Deutschland der Musterknabe Europas sei. „Die Zahl der Arbeitslosen hat den niedrigsten Stand seit 1989 erreicht. Deutschland geht es gut“, erklärt die Bundeskanzlerin. Das deutsche Jobwunder sei ein Beleg dafür, dass die anderen Länder Europas jene arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Reformen übernehmen sollten, die Deutsch-

land bereits hinter sich hat. „Spanien macht den Schröder“ titulierte vor kurzem eine Tageszeitung.

Über dem deutschen Jobwunder liegt jedoch ein dunkler Schatten miserabler und unzumutbarer Arbeitsverhältnisse. Die abhängig Beschäftigten in den Betrieben sind gespalten. Die Kernbelegschaften haben gute Arbeit: ein komfortables Einkommen, einen unbefristeten Arbeitsplatz, sind sozial abgesichert und finden, wenn sie kündigen, leicht einen vergleichbaren Arbeitsplatz. Dies gilt jedoch nicht für die atypischen, prekären Arbeitsverhältnisse, das sind die unfreiwillig Teilzeitarbeitenden, die geringfügig Beschäftigten, die befristet arbeiten, die Leiharbeiter und die Scheinselbständigen. Sie sind überdurchschnittlich im Einzelhandel, im Gastgewerbe, in den Reinigungsdiensten und im Gesundheitswesen angestellt. Überwiegend sind es Frauen, Alleinerziehende, ältere, jüngere und ausländische Beschäftigte. Von den während des Konjunkturaufschwungs neu Eingestellten war jeder Zweite befristet beschäftigt. Der größte Skandal in einer extrem wohlhabenden Gesellschaft sind jedoch diejenigen, die zu einem Niedriglohn arbeiten, das sind fast ein Viertel der Erwerbstätigen und mehr als ein Zehntel der Vollerwerbstätigen. Sie werden häufig durch Hartz IV-Sozialleistungen aufgestockt. Wer einen Niedriglohn bezieht, müsste im Schnitt 64 beitragspflichtige Jahre aufweisen, um eine Rente auf Hartz IV-Niveau zu beziehen.

Die Reaktion der schwarz-gelben Koalition, drei Monate lang darum zu ringen, die Regelsätze für Hartz IV-Empfänger um fünf Euro zu erhöhen, ein Bildungspaket für bedürftige Kinder anzubieten, das von denen nicht aufgeschnürt wird, für die es gedacht ist, entlarvt den Bürgerkrieg der politischen Klasse gegen die arm Gemachten. Und was soll eine Zuschussrente, die an den Bedürftigen vorbei geht, wenn sie nur für diejenigen in Frage kommt, die 35 beitragspflichtige Jahre und eine während dieser Zeit geleistete private Vorsorge nachweisen können?. Immerhin kann Frau von der Leyen die reibungslose Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsminister Rösler betonen. Die Zeit, da CDU-Arbeitsminister eine berufliche Ausbildung abgeschlossen und aus der Gewerkschaftsbewegung kamen, gehören leider der Vergangenheit an.

Was müsste kurzfristig getan werden, um gute und gerechte Arbeitsverhältnisse für alle zu gewährleisten? Die bereits bestehenden Mindestlöhne, die im Rahmen des Arbeitnehmerentsendegesetzes oder des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes oder durch Allgemeinverbindlichkeitserklärungen in einzelnen Branchen vereinbart wurden, sollten ausgeweitet werden. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit sollte verbindlich sein. Die sachgrundlose Verlängerung einer Befristung gehört abgeschafft. Hartz IV muss weg und durch ein bedarfsorientiertes Grundeinkommen ersetzt werden. Die Riesterrente, das Megageschäft für Banken und Versicherungen, sollte in die gesetzliche Rentenversicherung überführt werden.

Langfristig lässt sich die Schieflage der Verteilung nur dadurch überwinden, dass die Tarifautonomie gefestigt wird und die Anteile an der gemeinsam erwirtschafteten Wertschöpfung fair verteilt werden. Eine radikale Korrektur der kapitalistischen Verteilungsregel ist nicht anders zu erreichen als durch eine Beteiligung der Belegschaften an der Entscheidungsmacht im Unternehmen. Die Sozialversicherungen sollten ihres feudalen Erbes entledigt und von der Lebenslage abhängiger Arbeit gelöst werden. Alle, die ihren Lebensmittelpunkt im

Geltungsbereich der Verfassung haben, werden in eine einzige Solidargemeinschaft einbezogen und alle Einkommen, die in diesem Bereich entstehen, werden beitragspflichtig.

Die Propaganda des Jobwunders verstellt den Blick auf die „ganze Arbeit“. Nicht nur die Erwerbsarbeit, auch die private Beziehungs- und Pflegearbeit sowie das zivilgesellschaftliche Engagement sind für die moderne Gesellschaft gleich wichtig. Sie sollten auch gleich bewertet, anerkannt und bezahlt sowie auf Männer und Frauen fair verteilt werden. Die so genannte Doppelbelastung und die Aufgabe, Beruf und Familie miteinander zu verbinden, darf nicht allein auf die Frauen abgewälzt werden.

Die Euphorie über die jahrzehntelang ungebrochene Wettbewerbsfähigkeit der Exportwirtschaft blockiert die strukturelle Verlagerung von der Industriearbeit zur Arbeit an den und mit den Menschen. Zur Zeit der Agrarwirtschaft waren die Talente des Säens, Pflanzens und Erntens gefragt, zur Zeit der Industriegesellschaft die des Zählens, Wiegens und Messens. Eine Dienstleistungswirtschaft braucht jedoch die Kompetenzen des Heilens, Pflegens, Helfens, Beratens und Begleitens. Auch hier ist ein Umdenken gefordert: Dass Krankenschwestern, Verkäuferinnen und Arzthelferinnen im Schnitt nur ein Fünftel dessen verdienen, was den Männern in der Chemie- oder Metallindustrie gezahlt wird, verletzt die Geschlechtergerechtigkeit.

Politische engagierte Christen setzen sich europaweit für eine Verkürzung der Arbeitszeit und eine gesellschaftliche Zeitordnung ein, in welcher der Sonntag, der Sabbat oder der muslimische Freitag Orientierungsmarken einer individuell und kollektiv geordneten Zeit sind, dass wir arbeiten, um zu leben. Wenn Kunden zu beliebigen Zeiten einkaufen möchten, sollten sie den Beschäftigten einen Zeitausgleich verschaffen. Eine Flexibilisierung der Arbeitszeit bietet den einzelnen Personen Freizeit, aber keine Festzeit, die wir nur mit anderen gemeinsam verbringen.

(3) Der Schrei der Armen in der Welt

Obwohl die Zahl der absolut Armen weltweit auf etwas mehr als eine Milliarde Menschen gesunken ist, wird die Kluft der Einkommen und Vermögen zwischen den Reichen und Armen in der Welt immer größer.

Wie ist der Schrei der Armen dieser Welt zu deuten? Der Reichtum der Wenigen beruht auf der Armut und Ausbeutung der Vielen. 20% der Weltbevölkerung beanspruchen 80% der global verfügbaren Ressourcen. Deshalb müsse eine radikale Umverteilung dafür sorgen, dass die Wenigen von ihrem Reichtum zugunsten der Armen abgeben. Der weltwirtschaftliche Norden treibt mit seiner Argumentation die Staaten des weltwirtschaftlichen Südens in einen unauflösbaren Teufelskreis: Der massive Bevölkerungsanstieg erzeugt Armut, die Armut erzeugt ein Übermaß an Umweltzerstörung. Also sind die Entwicklungsländer verpflichtet, ihre Bevölkerungsexplosion zu drosseln und so die Umwelt zu schonen. Die Entwicklungsländer kotzen und werfen den Industrieländern vor, dass der größere Anteil der Umweltzerstörung auf

ihr Konto gehe. Internationale Investoren versuchen beispielsweise, immer mehr ertragreiches, aber knappes Land unter ihre Kontrolle zu bringen. Durch die Zunahme von Spekulationsgeschäften mit Ackerböden entstehen neue Verteilungskämpfe, um den Boden, der für Anbau von Nahrungsmitteln oder für die Gewinnung von Biokraftstoffen zu nutzen ist. Um den Zugang zu sauberem Trinkwasser sind kriegerische Konflikte zu erwarten.

Ernst Ulrich von Weizsäcker hat bereits vor mehr als zehn Jahren erklärt, dass die Umweltfrage die soziale Frage des 21. Jahrhunderts sei. Inzwischen ist die Umweltfrage zu einer planetarischen Frage geworden. Die Erregung über den Smog in den Städten, den sauren Regen und das Waldsterben, über die Luftverschmutzung oder die Verunreinigung der Flüsse, Seen und Strände scheint der Vergangenheit anzugehören, zumindest abgeklungen zu sein. Der Klimawandel und die Erderwärmung sowie die globale Bodenerosion sind heutzutage die bewegenden Themen. Auf den Umweltkonferenzen wird um das politische Ziel gerungen, die Erwärmung der Erde auf zusätzliche 2 Grad bis zum Jahr 2050 zu begrenzen.

Es gibt nur diesen einen „blauen“ Planeten, welcher allen Menschen zur Verfügung steht. Die Menschheit lebt auf der Erde als dem einzigen für sie bewohnbaren Raumschiff. Kein Mensch kann auf einen anderen Planeten auswandern, niemand kann um den eigenen Grund und Boden einen Zaun ziehen. Alle Menschen sind planetarisch aneinander gekettet, füreinander verantwortlich und haften kollektiv. Hans Jonas hat 1976 das „Prinzip Verantwortung“ proklamiert, um die langfristigen Wirkungen der technischen Zivilisation ins gesellschaftliche Bewusstsein zu rücken. Diesen normativen Grundsatz hat er als ökologischen Imperativ formuliert: „Handle so, dass die Folgen deines Handelns das echte Überleben der Menschheit auf Erden gewährleisten“.

Verdrängt die Umweltfrage die Frage der sozialen Gerechtigkeit? Grundsätzlich nicht, denn der ökologische Imperativ und die soziale Gerechtigkeit lassen sich miteinander verbinden und als ökologische Gerechtigkeit formulieren: Indem die Mitglieder der Weltgesellschaft sich wechselseitig das gleiche Recht zusprechen, als Gleiche respektiert und behandelt zu werden, ist jedem Menschen auf diesem Planeten ein allgemeines Menschenrecht auf einen intakten Umweltraum zugestanden. Ein solches Menschenrecht kann sich an die Lesart der kirchlichen Sozialverkündigung anlehnen, dass die Güter der Erde für alle da sind, und dass jedem Bewohner der Erde das für sein Leben Notwendige zusteht - unbeschadet privater Eigentums- oder Verfügungsrechte.

Unabhängig von der grundsätzlichen Vereinbarkeit von grüner oder sozialer Gerechtigkeit sind massive Umweltkonflikte unausweichlich, solange vier Ziele gleichzeitig erreicht werden sollen: Die Industrieländer verteidigen ihren Wohlstand. Gleichzeitig gilt das Klimaziel des reduzierten CO₂-Ausstoßes. Der Anspruch der Schwellen- und Entwicklungsländer, ihren Lebensstandard dem der Industrieländer anzunähern, wird als berechtigt anerkannt. An dem Millenniumsziel einer drastischen Verminderung der Armut in der Welt um die Hälfte wird festgehalten. Der Umweltberater der britischen Regierung, Tim Jackson ist jedoch davon überzeugt, dass dieser Zielkonflikt nur bewältigt werden kann, wenn das wirtschaftliche Wachstum der Industrieländer radikal schrumpft. Meinhard Miegel hat sich dieser Forderung angeschlossen. Ernst Ulrich von

Weizsäcker dagegen versucht nachzuweisen, dass der Konflikt entschärft werden könne, wenn die Energieeffizienz auf das Fünffache gesteigert wird.

Ist die zunehmende Wachstumskritik ein Weg, dem drohenden Konflikt auszuweichen? Regierungskommissionen in Großbritannien, Frankreich und Deutschland machen sich auf die Suche nach einem besseren Indikator des Wohlstands, der die Defizite des Bruttoinlandsprodukts pro Kopf beseitigt oder wenigstens ergänzt. Denn mit dieser Messgröße werden die gesellschaftlich nützliche, jedoch unbezahlte Haus- und Erziehungsarbeit, die Gewichtung der Bedürfnisse, die ausgewogene oder extrem ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung sowie die positiven wie negativen Qualitätsänderungen der Güter nicht erfasst. Zudem sind aus ihm wirtschaftliche oder gesellschaftliche Schäden nicht herausgerechnet, etwa die tatsächliche Wertminderung der natürlichen Umwelt oder arbeitsbedingte Gesundheitsschäden, auch die gesamtwirtschaftlichen Kosten der Arbeitslosigkeit oder der Zeitverlust bzw. die nervliche Belastung, die durch Verkehrsstaus und ein zunehmendes Arbeitstempo verursacht werden.

Kann eine Konversion der staatlichen Entwicklungspolitik den Konflikt bewältigen? Entwicklungsexperten stellen das Scheitern der bisherigen öffentlichen Entwicklungshilfe fest. Sie habe sich als unfähig erwiesen, Armut und Entbehrung zu mindern sowie die Risse zwischen den Klassen und Regionen zu heilen. Deshalb ist der Abschied vom Konzept einer kreditfinanzierten, auslandsverschuldeten, exportinduzierten Entwicklung folgerichtig, wodurch sich Wohlstandsinseln in den Ballungsregionen und wachsende Armutszonen in der Fläche verfestigt haben. Die Entwicklung des ganzen Menschen und aller Menschen sollte an der vorrangigen Befriedigung der Grundbedürfnisse ansetzen: Nahrung, Kleidung, Wohnung, Arbeit, Bildung, Gleichstellung der Frauen und gesellschaftliche Beteiligung. Deshalb leisten Basisprojekte vor allem in ländlichen Regionen echte Hilfe zur Selbsthilfe. Ein wechselseitiges Nehmen und lässt Partnerschaften auf Augenhöhe entstehen. Brunnen werden gebohrt, Trinkwasserbecken gebaut, Handwerksbetriebe und Werkstätten eingerichtet, berufsbildende Schulen finanziert und Mikrobanken ins Leben gerufen.

Sollen wir darauf warten, bis eine umweltgerechte Konversion der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung gesetzlich geregelt ist? Eine Änderung des persönlichen Lebensstils sollte ihr vorausgehen und sie begleiten. Ob Kampagnen sozialer Unternehmen wie „Bier trinken für den Regenwald“, Mineralwasser kaufen, um Brunnen zu fördern, Eis lutschen, um Honigbienen zu retten, bloß Marketingstrategien oder eine wirksame Selbstbindung sind, ist für die Kunden im Einzelfall kaum zu überprüfen. In eigener Entscheidung Energie einsparen, um den CO₂-Ausstoß zu verringern, das Auto länger nutzen, auf öffentlichen Nahverkehr umsteigen, mit den Klamotten nicht jeder saisonalen Modewelle folgen, den Fleischkonsum reduzieren oder eine persönliche oder familiäre Klimabilanz aufstellen, ist vorzugswürdig, weil sie die Reichweite der eigenen Entscheidung nicht überschreitet. Für jeden CO₂-Ausstoß, der über den jährlichen Ausstoß von 2,3 t CO₂ hinausgeht, der den einzelnen Europäern zugestanden wird, kann beispielsweise der Fluggast eine Kompensation zahlen, indem er den ermittelten Geldbeitrag an eine Stiftung überweist, die in Afrika Trinkwasseranlagen oder Solaröfen installiert.

3. Gerechtigkeit in der Kirche

Ein stiller Schrei nach Gerechtigkeit, der sich bisher noch hinter vorgehaltener Hand äußert, wird auch in der katholischen Kirche vernehmbar. Er beruft sich auf ein Dokument der römischen Bischofssynode von 1971. Die Bischöfe erklärten, dass eine Kirche, die sich anmaßt, den Menschen von Gerechtigkeit zu reden, an allererster Stelle selbst vor deren Augen gerecht dastehen muss. Folglich gehören, so meinten die Bischöfe damals, kirchliche Machtpositionen, Privilegien und der eigene persönliche Lebensstil auf den Prüfstand.

In der katholischen Kirche in Deutschland ist dieser Schrei nach Gerechtigkeit lauter geworden, seitdem katholische CDU-Politiker, inzwischen 400 Theologen und auch Delegierte des in Mannheim einberufenen Gesprächsprozesses eine Grundreinigung und eine Kirchenreform an Haupt und Gliedern verlangt haben. Solche Forderungen entspringen der Erfahrung, dass Strukturen der Sünde sich in der Kirche eingelagert haben und dass viel Rost, Schimmel und Motten an der Außenseite der Kirche haften, die den Glanz der Gottesherrschaft und der Botschaft Jesu überdecken, den diese Kirche als kostbaren Schatz in ihrem Innern zu tragen behauptet.

Ein solches Anliegen können einige Bischöfe nicht einfach vom Tisch wischen, indem sie die strukturelle Krise der Kirche und ihrer Ämter in eine „Krise des Glaubens“ umdefinieren und ein „Fest des Glaubens“ inszenieren. Immerhin sind die Anzeichen nicht zu übersehen, dass Religion wieder zu einer öffentlichen Frage geworden ist und dass nicht wenige Zeitgenossen eine Antwort auf religiöse Fragen außerhalb der konfessionellen Kirchen suchen. Die katholische Kirche blockiert sich selbst durch ihr dogmatisch verkrustetes Sprechen von Gott, durch ein in das Kleid griechischer Philosophie gepresstes Gottesbild, durch eine Christologie, mit mystisch-sakramentalem Anstrich, durch wiederholtes Zitieren ihrer eigenen Zitate und das Beharren auf das einmal Definierte. Damit stößt sie auf Unverständnis vieler Zeitgenossen, ohne zu begreifen, warum sie nicht verstanden wird. Es gibt einen Zusammenhang zwischen der von Papst und Bischöfen behaupteten „Glaubenskrise“ und der von Katholiken diagnostizierten Kirchenkrise, solange ihre Kirche behauptet, sie vertrete die Sache Gottes in der Nachfolge Jesu. Sie verdunkelt diesen Zusammenhang, indem sie dogmatische, moralische und rituelle Fossilien durch die Zeiten mitschleppt und den Menschen im Namen Gottes Gewalt antut. Wenn die Außenseite der kirchlichen Strukturen die spirituelle Innenseite nicht mehr erkennbar macht, löscht die Kirche in sich selbst die Spuren Gottes. So kann die angebliche Glaubenskrise unmittelbare Folge der Kirchenkrise sein. Die Vermutung ist nicht abwegig, dass die panische Angst der Kirchenleitung vor einem strukturellen Umbau ein Ausdruck ihrer Glaubenskrise ist. Dann jedoch gilt ihr der Vorwurf der Propheten, dass die Hirten ihre Schafe nicht weiden, sondern fressen, oder der Vorwurf Jesu an die religiösen und politischen Eliten seines Volkes, dass sie als blinde Führer den Schlüssel zur Gottesherrschaft in der Hand halten, aber diejenigen, die hinein drängen, nicht hinein lassen, dass sie sich als Herren des Glaubens aufspielen, statt Diener der Freude des Kirchenvolkes zu sein.

(1) Entstaatlichung

„Entweltlichung“ war das Zauberwort, das der Papst am Ende seiner Glaubensparade in die Arena der deutschen Kirche geworfen hat. Die deutschen Bischöfe haben auffallend schnell reagiert und erläutert, was der Papst nicht gemeint haben könne. Es wäre besser gewesen, meine ich, sie hätten sich den weltweit inzwischen 400 Bischöfen angeschlossen, die unmittelbar nach dem Konzil einen „Katakombenpakt“ – auf Initiative von Helder Camara – unterzeichnet haben. Darin verpflichteten sie sich, im Hinblick auf Wohnung, Essen und Verkehrsmittel so zu leben, wie Menschen um sie herum üblicherweise leben. Sie wollen durch ihre Amtskleidung sowie ihre Amtsinsignien nicht in die Nähe der Reichen und Mächtigen gerückt werden. Was wäre, wenn die Bischöfe sich ihrer Feudaltracht entledigen würden, damit diese nicht irrtümlich als Frauenklamotten oder als Dekoration einer Nikolausfeier missdeutet wird.

Entweltlichung war offensichtlicher ein nebelhafter Appell des Papstes. Stattdessen sollte eine Entstaatlichung der deutschen Kirche geprüft werden. Damit sind vier strukturelle Umbauen gemeint. Die Körperschaft öffentlichen Rechts mit der hinkenden Trennung vom Staat und einer freundlichen Kooperation hat zur Folge, dass kirchliche Führungskräfte dazu neigen, den Schulterschluss mit den politischen und wirtschaftlichen Eliten zu suchen. Diese Organisationsform ist kein überzeugendes Zeichen der Nachfolge Jesu und der Gottes-herrschaft. Katholische Christen könnten in der privaten Verbandsform als zivilgesellschaftlicher Akteure vermutlich viel mehr bewegen.

Die kirchliche Steuerhoheit einschließlich des Zwangsinkassos durch Staat und Arbeitgeber hat vermutlich jene Zentralisierungstendenzen begünstigt, auf Grund derer die deutschen Bischöfe gegen erheblichen Widerstand der Gemeinden Mega-Pfarreien installiert haben. Es wäre verhängnisvoll, wenn wir vergessen hätten, dass das erste Subjekt der Glaubensgemeinschaft weder ein Papst noch ein Bischof ist, sondern die Gemeinde vor Ort, wo zwei oder drei im Namen Jesu versammelt sind. Vermutlich gäbe es weniger Kirchendistanzierte, dafür aber abgespeckte Bistumsbürokratien, wenn der Kirchenbeitrag zuerst den Gemeinden zufließt und diese Anteile davon vertikal und horizontal weiterreichen.

Die Erklärung des Kirchenaustritts vor einer staatlichen Behörde ist ein Relikt aus der Zeit, da einzig der Staat die Religionsfreiheit seiner Bürgerinnen und Bürger garantierte. Eine Regelung, die damals vertretbar war, gehört heutzutage abgeschafft. Kein Sportverein käme auf die Idee, die Abmeldung eines seiner Mitglieder vom Ortspfarrer bescheinigen zu lassen.

Nicht wenige Christen, die sich politisch engagieren, sind Mitglieder einer Gewerkschaft. Wie sollen wir es den Kolleginnen und Kollegen verständlich machen, warum die katholische Kirche als Arbeitgeberin keine Tarifverträge mit den Gewerkschaften abschließt? Sie schwächt ja damit die Gewerkschaften und die solidarische Gegenmacht der abhängig Beschäftigten in unserem Land. Folglich sind die deutschen Bischöfe auch mitverantwortlich dafür, dass sich miserable Arbeitsverhältnisse und ein Niedriglohnssektor in Deutschland derart ausgebreitet haben.

(2) Selbstbefreiung

Die katholische Kirche begreift sich als eine komplexe Größe, die eine göttliche und eine menschliche Dimension einschließt, nämlich die Glaubensgemeinschaft, die der Atem Gottes inspiriert, und eine gesellschaftliche Organisation, die geschichtlich gewachsen und veränderbar ist. Die geschichtlich gewachsene Struktur wirkt derzeit wie eine Fessel, welche die kirchlichen Führungskräfte sich selbst, aber vor allem dem Kirchenvolk angelegt haben. Beide leiden darunter, wirken jedoch ohnmächtig, sich von dieser Fessel zu befreien.

Wer die heutige hierarchisch-autokratische Organisationsform der katholischen Kirche mit der Person und Botschaft des Jesus von Nazareth oder mit einem göttlichen Auftrag begründen und rechtfertigen will, erweckt den Eindruck, er sei dumm, pervers intellektuell oder böswillig. Darf so etwas den katholischen Bischöfen unterstellt werden? Eine symbolische Deutung der kirchlichen Hierarchie, dass sie nämlich ein Spiegel der göttlichen Hierarchie (Vater, Sohn, Geist) und der himmlischen Hierarchie (dreimal drei Stufen reiner Geister oder Engel) sei, erzeugt bei vielen Katholiken bloß noch ein müdes Lächeln. Moderne Hierarchien wie in der öffentlichen Verwaltung, beim Militär oder im Strafvollzug lassen sich funktional begründen und rechtfertigen. Für die heutige Kirche sind sie dysfunktional, weil sie die Fähigkeit des Systems, aus geschichtlichen Veränderungen und gesellschaftlichen Bewegungen zu lernen, behindern. Deshalb gibt es gute Gründe dafür, die Mitglieder der katholischen Kirche an Entscheidungen der Amtsträger und Amtsträgerinnen wirksam zu beteiligen, die kirchlichen Ämter zeitlich zu begrenzen sowie auf allen Ebenen direkt oder indirekt vom Kirchenvolk wählen zu lassen

Das Verlangen, Frauen zu allen entscheidenden kirchlichen Ämtern zuzulassen, ist berechtigt, zumal die anthropologischen und theologischen Argumente, die neuerdings dagegen vorgebracht werden, einem mehrfachen Zirkelschluss unterliegen. Aus einer patriarchalisch vorgeprägten Sexualmoral werden die geschlechtsspezifischen Handlungsmuster und Intimbeziehungen rekonstruiert. Umgekehrt werden die biosomatischen Unterschiede der Geschlechter auf gesellschaftliche Rollenmuster übertragen. Diese Mixtur aus sexuellen, Beziehungsmustern (sex) einerseits und gesellschaftlichen Rollenmustern (gender) andererseits formen in einer analogen Vorgehensweise das traditionelle Gottesbild, indem es menschliche Vorstellungen eines Vaters und eines Sohnes in Gott hineinträgt. Aus einem solchen Gottesbild wird anschließend der normative Schluss gezogen, dass die maßgebliche Entscheidungskompetenz in der Gesellschaft und in der Kirche den Männern gebührt. Die Botschaft der Befreiung, die mit dem Evangelium Jesu verbunden ist, kann einen solchen mehrfachen Zirkelschluss leicht zerschmettern.

Vergleichbares gilt für die Kopplung einer partnerschaftslosen, sexuell abstinenter Lebensform an die Funktion eines kirchlichen Amtes. Das symbolische Deutungsmuster, dass diese Lebensform der Gottesherrschaft näher stehe, überzeugt kaum. Das funktionale Deutungsmuster, dass eine Single-Existenz für andere Menschen intensiver verfügbar sei, lässt sich empirisch widerlegen. Woran liegt es bloß, dass religiös musikalische Menschen häufig dazu neigen, die persönliche Ausstrahlung auf andere, also die Macht über Menschen, Erotik und Sexualität sowie Verfügung über die Güter dieser Erde zu dämonisieren und als etwas zu betrachten, dass ihre Beziehung zu Gott automatisch behindere.

(3) Selbstorganisation

Die ergebene Unterwerfung der repräsentativen Vertretung der katholischen Christen in Deutschland, des Zentralkomitees der Katholiken unter die uniformierte Meinung der deutschen Bischofskonferenz ist zu respektieren. Ein Schulterchluss jener Gremien, die teils durch, teils ohne die Zustimmung der katholischen Christen zustande gekommen ist, dient möglicherweise der innerkirchlichen Beruhigung. Falls die Bischöfe auf die Vorschläge des Zentralkomitees eingehen, ist der Weg der Kooperation nicht zu beanstanden. Was aber geschieht, wenn eine solche Verständigung auf gleicher Augenhöhe ausbleibt oder gar verweigert wird, also die Bischöfe die Solidarität untereinander und mit der zentralen höheren Autorität als gewichtiger einschätzen als die Solidarität mit den ihnen anvertrauten katholischen Christen? Dann sollten die Katholiken versuchen, einzelne Bischöfe aus dem Club der Bischöfe, die sich wechselseitig paralisieren, heraus zu locken, um einen gemeinsamen Weg kirchlicher Strukturreformen zu gehen. Sie sollten dann auf Bischöfe, die diese Souveränität aufbringen, einwirken, dass diese in einer Form der Selbstbindung Beschlüsse der bisherigen diözesanen Beratungsgremien sich zu eigen machen.

Und wenn auch dieser kooperative gemeinsame Weg blockiert bleibt? Dann sollten die Katholiken sich selbst organisieren, sich vernetzen und gemeinsam das tun, was sie in der Treue zur Gottesherrschaft und zur Botschaft des Jesus von Nazareth für richtig halten. Auf die Zentralisierung der Mega-Pfarreien könnten sie mit Initiativen der pastoralen Nähe und der Liturgien des Lebens antworten.

Der Bischof von Poitiers in Frankreich ist dem gesellschaftlichen Trend, den ländlichen Raum zu entleeren, nicht gefolgt. Demgegenüber wurden folgende Grundsätze formuliert: Nähe geht vor räumliche Weite; Menschen haben Vorrang vor Strukturen; kreative Beteiligung ist wichtiger als bürokratische Effizienz. Was Menschen vor Ort brauchen, gilt mehr als die Sorge der Kirche um sich selbst. Was den Menschen dient, ist die Verkündigung der frohen Botschaft, das Gebet und die Nähe zu den Familien sowie den Kranken, Einsamen und Sterbenden. Deshalb bleibt keine Gemeinde ohne die Begleitung einer pastoralen Equipe. Drei ihrer Mitglieder – für die Verkündigung, das Gebet und den Dienst an den Menschen – werden ernannt, zwei – Moderatorin und SchatzmeisterIn – werden gewählt.

Experimentelle Gottesdienste, die kinder- und jugendgemäß sind, könnten aus den Nischen der Bildungshäuser und Jugendkirchen, in die sie ausgelagert wurden, in die Gemeinden zurückgeholt werden, so dass auch Eltern und Gemeindemitglieder daran teilnehmen. Vor allem sollte das Missverständnis der christlichen Liturgie als eines exotisch-magischen Kultes überwunden werden. Eine Papstmesse im Fußballstadion oder ein vom Bischof inszeniertes Spektakel in der Kathedrale muss nicht der Regelfall sein. Der erstrangige Ort und Kontext der christlichen Liturgie sollte das alltägliche Leben bleiben. Folglich sollte ihre Gestaltung nicht dem Volk Gottes entrissen und professionellen Operatoren vorbehalten bleiben. Wo zwei oder drei im Namen Jesu beisammen sind, ihr Leben und das Evangelium teilen, gemeinsam beten, sollten sie sich

ermächtigt fühlen, das Brot zu brechen und aus dem einen Kelch zu trinken, sowie überzeugt sein, das der auferstandene Herr und sein Geist mitten unter ihnen ist.

Der Heilige Geist als die innere Lebenskraft des Gottesvolkes setzt organisatorische Bausteine der äußeren Kirche und ihrer Architektur für zeitgemäße Umbauten frei. Gott ist indifferent gegenüber einer hierarchischen oder demokratischen Verfassung der Außenhaut der Kirche, selbst wenn die Kirchenleitungen es nicht sind. Deshalb muss das Kirchenvolk nicht unterwürfig darauf warten, bis Papst und Bischöfe ihnen das gnädig gewähren, was sie gemäß ihrem Gewissensurteil für richtig halten. Ungerechte Verhältnisse oder Strukturen der Sünde in der Welt und in der Kirche werden in den seltensten Fällen von oben durchbrochen. Wenn Kirchenleitungen das allgemeine Interesse der Kirche offensichtlich verletzen, sind offensive Zivilcourage, ziviler Widerstand, Protest, Herstellen von Öffentlichkeit, gezielte Verletzung von Regeln, die Menschenrechte verletzen, sowie religiös-kirchlicher Ungehorsam geboten. Wer sollte das Kirchenvolk daran hindern, sich die real existierende Kirche wieder anzueignen – auf gleicher Augenhöhe in der Dynamik des Geistes, den Gott in die Christen hineinlegt, der ihnen innerlicher ist, als sie selbst es sind? Wir dürfen uns an die Worte des Simon Petrus erinnern, mit denen er sich vor dem Tribunal der jüdischen Christen rechtfertigte: „Wer bin ich dass ich Gott widerstehen könnte?“

Vermutlich werden Sie, liebe Schwestern und Brüder, wie ich wiederholt gefragt, warum Sie nicht aus der katholischen Kirche austreten, die Sie kritisieren, anstatt sich dauernd an ihr zu reiben. Reiben wir uns an der Kirche? Die Kirche sind wir selbst. An uns selbst reiben wir uns nicht wund. Wir reiben uns wund an der unzeitgemäßen Außenseite der katholischen Kirche, welche die Sache Gottes verfinstert, und an ihren fossilen Machtverhältnissen, in denen das Kirchenvolk und insbesondere die Frauen nichts zu sagen haben. Aber gleichzeitig spüren wir hinter der entstellten Außenhaut der Kirche den Glanz der Person Jesu, dessen Evangelium wir Sonntag für Sonntag im Innern der Kirche verkündet hören. Und wir sind sicher, dass dieses Evangelium mächtig genug ist, die verkrüppelte Außenseite auch der katholischen Kirche in absehbarer Zeit zu sprengen, damit sie näher an die Kirche Gottes heranrückt..